

Dringlichkeit angesichts der aktuellen politischen oder gesellschaftlichen Situation, nach der Wirkung und der Konkurrenz mit anderen ÖRK-Programmen.

Diese erste Sitzung des Zentralausschusses hat in einem kooperativen und positiven Geist stattgefunden und wurde mit großer Befriedigung bewertet.

Bärbel Wartenberg-Potter

Zum 10. Jahrestag des Mauerfalls

Vortrag auf der 4. Tagung der Synode der EKD
am 9. November 1999 in Leipzig

„Die Güte des Herrn ist's, dass wir nicht gar aus sind, seine Barmherzigkeit hat noch kein Ende, sondern sie ist alle Morgen neu, und deine Treue ist groß“

Klagelieder Jeremia 3, 22 f

Als Pfarrer an der Nikolaikirche und als Superintendent des Kirchenbezirkes Leipzig-Ost in den Jahren 1982–1995 will ich die Entwicklung nachzeichnen, in sechs Schritten, die zu dem unvergesslichen Datum hinführten, und in drei Schritten, die darauf folgten.

1. Die Friedensgebete erwuchsen aus der Friedensarbeit unserer Kirche als Antwort auf die wachsende Militarisierung des öffentlichen Lebens und die weitere atomare Aufrüstung in West und Ost Anfang der achtziger Jahre.

Schon Mitte der sechziger Jahre war es den Kirchen gelungen, der DDR als einzigem sozialistischen Staat die Einrichtung von Bausoldaten abzutrotzen. Auf die Einführung des Wehrkundeunterrichts als Pflichtfach für alle Schüler und Lehrlinge im Jahre 1978 antwortete der Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR nicht nur mit Protesten bei der Regierung, sondern mit einem Programm „Friedenserziehung“ für alle Gemeindeguppen. In Friedensseminaren und seit 1980 in Friedensdekaden wurden die brennenden Fragen besprochen. Das Symbol „Schwerter zu Pflugscharen“ wurde von jungen Leuten als Aufnäher öffentlich getragen und von den Behörden bekämpft. Das Besondere der Friedensgebete war nicht ihre „Existenz“ an sich oder gar deren Erfindung. Einer Jungen Gemeinde am Rande der Stadt in Probstheida genügten nicht die zehn Tage im Herbst. Sie bat mich darum, regelmäßig Woche für Woche in unserer zentralen Kirche Friedensgebete zu halten. Das Besondere ist, dass sie seit Herbst 1982 bis auf den heutigen Tag Montag für Montag um 17.00 Uhr treu durchgehalten worden sind, manchmal nur in einer kleinen Schar, doch stets ein Angebot von meist jüngeren, sensiblen, wachen Leuten mit ihren Problemen und ihrem Suchen nach gangbaren Wegen. Bald übernahmen Gruppen im Wechsel die Gestaltung, die sich für die Erhaltung des Friedens, den Schutz der Umwelt, für Solidarität mit Menschen in der „Dritten Welt“, für Menschenrechte und gegen den Geist und die Praxis der Abgrenzung einsetzen. Neben den aktuellen Informationen wird ein entsprechender Bibeltext

ausgelegt, werden die bewegenden Anliegen im Fürbittgebet zusammengefasst, und dazwischen wird gesungen. Und immer dann, wenn es um drängende und viele bewegende Fragen geht, füllt sich die Kirche bis auf den letzten Platz.

2. Wir haben den Freiraum für die offene Arbeit in St. Nikolai genutzt, den sich unsere Kirche aus den Erfahrungen der „Bekennenden Kirche“ in der NS-Zeit bewahrt hat.

Rückblickend ist es kaum noch vorstellbar, was es bedeutet, wenn das gesamte Leben in all seinen Bereichen von einer Partei- und Staatsführung beherrscht und ideologisch geprägt wird, wenn nicht nur Politik und Wirtschaft, sondern ebenso Kultur und Freizeit dem Machtanspruch unterliegen.

Nicht dankbar genug können wir sein, dass unsere Kirche sich diese relative Unabhängigkeit bewahrt hat, ganz im Gegensatz zu vielen Ländern im Ostblock. Wenn auch ständig versucht wurde, uns nur die Ausübung religiöser Handlungen zu gestatten, haben wir unermüdlich dagegeengehalten, dass das Christsein das Ganze der menschlichen Existenz umfasst, dass Glauben und Leben zusammengehören, und wir uns selbstverständlich auch für das Wohl unserer Gesellschaft einsetzen.

So wurde aus dem alten Hinweisschild, dass die Kirche trotz der vielen Baustellengerüste ringsum „geöffnet“ sei, das inhaltliche „Nikolai – Kirche – offen für alle“ ganz im Sinn Dietrich Bonhoeffers, dass „Kirche nur Kirche ist, wenn sie für andere da ist“. Das große schützende Dach hielten wir offen

- für die kleine Schar von Jugendlichen, die schon 1983 nur mit Kerzen in der Hand auf dem Marktplatz demonstrierten und von der Polizei verfolgt wurden;
- für die „Lange Nacht für den Frieden“ der ökumenischen Jugendarbeit;
- für Lesungen von Schriftstellern, für Beiträge von Liedermachern, die Auftrittsverbot hatten;
- für Ausstellungen von Künstlern, die nirgends sonst ihre Werke zeigen durften;
- für Einker und Besinnung von Gehetzten und Belasteten, die bei mancher Orgelmusik wieder zu sich selber fanden.

3. Bewusst suchten wir beides zu verbinden: das auf umfassende Veränderung drängende Anliegen der Gruppen und die Aufgabe aktueller Verkündigung und Fürbitte.

Bei der Neukonstituierung der Synode unseres Kirchenbezirkes 1985 schlug ich vor, neben dem Bau- und Finanzausschuss einen weiteren „Arbeitskreis für Frieden und Gerechtigkeit“ zu bilden. Zehn Synodale, Laien und Pfarrer, fanden sich bereit, mit den Vertretern der damals vorhandenen Gruppen zusammenzuarbeiten. Auf diese Weise konnte das Interesse der Kirchengemeinden neu geweckt werden. Zugleich wurde gegenüber den staatlichen Stellen deutlich, dass hier gemeinsam die Verantwortung für die offene Arbeit getragen wird. Dieses Miteinander bewährte sich zunächst gut. Doch im Laufe der Zeit bildeten sich immer neue Gruppen – zuletzt waren es weit über zwanzig –, die den Freiraum der Kirche auch

für rein politische Forderungen und Ziele ausnutzten. Die junge Generation ist es gewesen, die ohne Rücksicht nach vorn drängte und politische Veränderungen forderte. Den meisten lag noch an dem Zusammenhalt mit anderen kirchlichen Basisgruppen, die sich jährlich an den Tagungen „Frieden konkret“, 1987 in Leipzig, an Vorbereitungstreffen für den konziliaren Prozess beteiligten und in einem internen Netzwerk verbunden waren. Andere wollten gern das Friedensgebet zum Politforum umfunktionieren und drängten auf Öffentlichkeit auf den Vorplatz der Kirche oder bei ersten Demonstrationen, besonders wenn westliche Journalisten, z.B. zur Leipziger Messe, in der Stadt waren. Da wir die Verantwortung für das Ganze zu tragen hatten und ich mich dafür einsetzte, dass die Kirche als Kirche bei der Veranstaltung erkennbar blieb, gab es manche Schwierigkeiten und Missverständnisse. Doch die Friedensgebete wurden weiter durchgehalten.

4. Mit den zunehmenden Spannungen in der gesellschaftlichen Entwicklung wuchs die Kritik an unseren Friedensgebeten sowohl von den staatlichen Organen als auch von kirchlichen Kreisen.

Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten und die Unzufriedenheit wuchsen. Gewisse Reiseerleichterungen in Familienangelegenheiten Ende der achtziger Jahre sollten die Stimmung verbessern. Das Gegenteil war der Fall. Von Woche zu Woche drängten immer mehr Menschen zu den Friedensgebeten in die Kirche, die ihren Antrag auf Ausreise aus der DDR gestellt hatten. Sie mussten unterschreiben, sich untereinander nicht zu treffen. So suchten sie die Kirche auf, die meisten ohne jede innere Bindung oder Interesse. Wie schon vorher oft, wurden wir zur Abteilung Kirchenfragen bestellt. Alle unsere Rückfragen, ob denn die wachsende Zahl der Antragsteller nicht zur Änderung der Politik führen müsse, wurden strikt zurückgewiesen. Wir sollten endlich die Friedensgebete beenden oder an den Stadtrand verlegen. Polizei riegelte nun montags die Zufahrtsstraßen ab, kesselte die Besucher nach dem Friedensgebet auf dem Nikolaikirchhof ein, riss einzelne Menschen heraus, warf sie auf Lastwagen. Hundestaffeln wurden eingesetzt, Pressekampagnen gestartet. Filmkameras der Stasi auf den Dächern kontrollierten das Geschehen. Am 1. September 1989 wurde der gesamte Kirchenvorstand ins Rathaus geholt. Doch alle Drohungen und Einschüchterungen bewirkten nichts.

Am 4. September zur Messeeröffnung kam es zum Handgemein mit Demonstranten, die Losungen hochhielten, die von Stasileuten sofort weggerissen wurden. Die Antragsteller sammelten sich um Westreporter: „Wir wollen raus!“ Unsere Gruppen, die für Veränderungen eintraten, riefen: „Wir bleiben hier!“ Immer unüberhörbarer kam nun aber auch die Kritik aus kirchlichen Kreisen: Wie lange wollt ihr in Nikolai die Arbeit fortsetzen? Ist für uns Christen in diesem Lande nicht ohnehin das Leben schwierig genug! Hört doch endlich auf! Auch einige Gruppen wollten sich nicht weiter beteiligen. Um so stärker, dass unsere ökumenischen Nachbarn zu uns standen: Die Katholische Propsteikirche und die Reformierte Kirche öffneten ihre Gotteshäuser zu parallelen Friedensgebeten.

5. Mit Mitteln der Gewalt soll „Ruhe und Ordnung“ durchgesetzt werden. Der 9. Oktober wird zum Tag der Entscheidung.

Während die Regierung am 7. Oktober den 40. Jahrestag feiert, werden in Berlin und in vielen Städten Diskussionsrunden aufgelöst, Demonstranten festgenommen und abtransportiert. Am 8. Oktober kommt es zu heftigen Auseinandersetzungen auf dem Hauptbahnhof in Dresden, wo Menschen versuchen, die aus Prag kommenden Züge mit den Besetzern der Botschaft zu stürmen. Eine Menschengruppe wird eingekesselt, bis es endlich zu ersten Verhandlungen mit der Gruppe der 20 und dem Oberbürgermeister kommt. Schon am Morgen des 9. Oktober wird berichtet, dass Armee- und Polizeieinheiten in Leipzig zusammengezogen werden. „Heute wird endgültig den konterrevolutionären Umtrieben ein Ende bereitet, wenn erforderlich auch mit Gewalt.“ So warnt der Kampfgruppenkommandeur in der Zeitung. Seine Mannschaften werden mit scharfer Munition ausgerüstet. Krankenhäuser müssen Betten und Blutkonserven bereithalten. Schüler und Studenten sollen das Zentrum verlassen, die Geschäfte ab 15.00 Uhr schließen. Mittags besetzen Parteigruppen der Universität und anderer Einrichtungen unsere Kirche. Schnell schließen wir die Emporen, damit Plätze frei bleiben für die Teilnehmer des Friedensgebetes. Schon um 16.00 Uhr muss die Kirche wegen Überfüllung geschlossen werden. Doch immer mehr Menschen füllen den Kirchhof. Mühsam bahnen wir uns den Weg durch die Menge. Eindringlich mahnen unser Landesbischof, Vertreter der Katholischen Priesterkonferenz und der Basisgruppen zur Gewaltlosigkeit. „Der Geist des Friedens muss heute mit jedem von uns hinausgehen auf die Straße.“ Ein Appell von Kurt Masur, damals Dirigent am Leipziger Gewandhaus, und SED-Parteisekretären wird über den Stadtfunk verbreitet: „Wir bitten um Besonnenheit.“ Nach dem Gebet setzt sich die unübersehbare Menschenmenge in Bewegung. Jeder achtet auf seine Nachbarn. Nur keine Provokation. Keine Störung. Nur der alle vereinende Ruf: „Wir sind das Volk.“ Immer mehr Menschen strömen herbei, schließen sich an, verschmelzen im Zug um den ganzen Stadtring: 70 000. Und das Wunder geschieht. Kein Schuss fällt. Wie Gespenster stehen noch in den Straßen die Räumfahrzeuge, Wasserwerfer, gepanzerte Ungeheuer. Doch die Vernunft hat gesiegt. Sie kommen nicht zum Einsatz. Eine friedliche Revolution hat Veränderungen ausgelöst. Der Funke springt über auf das ganze Land. Tief bewegt treffen wir uns als Vertreter der vier Kirchen am Abend in meinem Zimmer und danken dem Herrn, dass er uns beschützt, Frieden geschenkt hat.

6. Der Herbst wird zum „Aufbruch zur Demokratie“.

Noch immer versuchen die Funktionäre, die alten Strukturen zu erhalten. Sie signalisieren Gesprächsbereitschaft und versprechen, an umfassenden Erleichterungen und Verbesserungen mitzuarbeiten. Trotz des Personalwechsels im Zentralkomitee bleibt es das Ziel, Einfluss und Macht zu erhalten. Doch der Wunsch auf totalen Wandel ergriff unterdessen die ganze Bevölkerung. Alle waren von dem alten Druck befreit.

Menschen, eben noch vorsichtig, sich öffentlich zu äußern, sprechen frei und diskutieren begeistert. Bei den Sonntagsgesprächen im Gewandhaus und in der Uni

drängen die Leute an die Mikrofone, um ihre Kritik und ihre Vorschläge zu einer Neugestaltung vorzubringen.

Menschen, eben noch zurückgezogen in ihre Nischen, nutzen die Versammlungsfreiheit. Die neu gegründeten Gruppierungen und Parteien bekommen Zulauf. Vereine werden gegründet.

Menschen, eben noch gebeugt und angepasst, üben sich in aufrechtem Gang. Von Woche zu Woche sind immer mehr Leute bei den Demonstrationen. Mit phantasievollen Losungen und Transparenten werden Wünsche und Forderungen genannt, Vorstellungen geäußert, wie es weitergehen soll.

In diesen Wochen treffen wir uns regelmäßig in den Konventen, um die Entwicklung zu begleiten und zu fördern.

7. Mit dem Fall der Mauer beginnt die Euphorie der Wiedervereinigung.

Unvergessen bleibt der 9. November. Vor uns stehen die Bilder, wie sich Deutsche aus Ost und West in den Armen liegen. Niemand war auf diese Entwicklung vorbereitet. Denn nun folgten nur noch Stationen mit dem einen Ziel, so schnell wie möglich die gleichen Lebensverhältnisse zu erlangen, wie in der Bundesrepublik und vor allem die gleichen materiellen Voraussetzungen. Aus dem Ruf „Wir sind das Volk“ wurde bald auf den Demonstrationen der Ruf „Wir sind ein Volk“. Ich gestehe, dass angesichts der sich bis dahin feindlich gegenüberstehenden Machtblöcke ich mir nicht habe vorstellen können, noch zu meinen Lebzeiten, noch in diesem Jahrhundert in einem gemeinsamen Deutschland leben zu können.

Natürlich bin ich, wie die große Mehrheit aller Mitbürger, von Herzen dankbar. Und doch bleibt emotional ein ungelöster Rest: Zehn Jahre danach – wir sind Beitrittsgebiet geworden. Alles ist den Verhältnissen der BRD angeglichen, alles systematisch übernommen. Selbst die kirchlichen Strukturen. Nichts an eigenen Erfahrungen zählt. Das ergibt diesen schwer erklärbaren Konflikt, äußerlich geeint, mental getrennt zu sein. Die der Kirche Entfremdeten sind nicht, wie manche erwarteten, in die Kirche zurückgekehrt. Jugendliche lassen sich nicht konfirmieren, sie gehen zur Jugendweihe. Die Säkularisierung schreitet voran. Mitgestaltung, Mitverantwortung, Demokratie, wie wir sie begonnen hatten zu lernen, ist nicht gefragt. Die Erneuerung ist abgebrochen. Angesichts des neuen Anpassungsdruckes um des Erhaltens des Arbeitsplatzes willen an das neue Gesellschaftssystem ist die Chance versäumt worden, noch einmal gemeinsam zu beginnen.

8. Für die Zeit des Übergangs wurden Menschen des Vertrauens gesucht.

Bis zu den ersten freien Wahlen im Jahr 1990 entstand ein Vakuum. Die bisher Verantwortlichen entzogen sich ihren bisherigen Aufgaben, zogen sich zurück, räumten das Feld und sicherten sich oft genug neue Ausgangspositionen. Wer übernahm die Verantwortung für die Hilfstransporte von den Partnerstädten, für die Auflösung der Objekte des Staatssicherheitsdienstes, für die entstandene Unruhe in den Haftanstalten, für die Leitung der Stadt, nachdem die Stadtverordnetenversammlung zurücktrat und der Oberbürgermeister wegen Wahlbetruges eingesperrt

war?! Überall waren Männer und Frauen der Kirche dabei in den Bürgerkomitees, in den Gesprächskreisen, an den Runden Tischen.

Nachdem wir nicht mehr eingeeengt blieben, hinter Kirchenmauern den Freiraum Kirche auszufüllen, sondern erwartet wurden mitten im Alltag ist es vielen schwer gefallen, sich aus dem sicheren Bereich in die pluralistische Welt und deren starke Wirklichkeit aufzumachen. Und doch haben alle, die es gewagt haben, dies nicht bereut, sondern vieles dazugelernt. Vielleicht ist das heute die Aufgabe gerade in dieser hektischen, umgetriebenen, säkularen Welt, einfach dazwischen zu sein. Mit „Interesse“ können wir am besten den Mitmenschen dienen und für sie eintreten, möglichst jeder mit seinen Gaben und Möglichkeiten. Für uns im Rathaus in Leipzig sind viele dabei, die ich aus den Zeiten der Friedensgebete kenne, die sich heute gerade um die kümmern, die Hilfe brauchen.

9. Statt geduldig auf eine langsame totale Angleichung zwischen Ost und West zu warten, hoffe ich, dass uns gemeinsame Aufgaben besser voranbringen.

Trotz aussichtsloser Perspektive haben wir damals vor zwanzig Jahren mit Bemühungen um Veränderung der damaligen Situation begonnen. Wenn sich heute neue Hindernisse und Hemmnisse auftun, wenn die Entwicklung positiv sich weitergestalten soll, Gleichgültigkeit und Resignation sich breit machen, so hoffe ich, dass unsere Kirche aufs Neue die Kraft erbittet, sich nicht mit dem Status quo abzufinden, sondern, notfalls wieder gegen den Strom, gewisse Schritte in die Zukunft zu wagen. Die Themen, die einst bei den ökumenischen Veranstaltungen des konziliaren Prozesses vorgedacht wurden, warten weiterhin noch auf Umsetzung. Erinnerung an 1989 sollte uns heute in lebendiger Partnerschaft zwischen Gemeinden und Kirchen neu beleben, die Aufgaben Schritt für Schritt anzupacken, für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung einzutreten. Unsere Gesellschaft braucht die Würzkraft, die Jesus seiner Gemeinde verheißen hat: *Ihr seid das Salz der Erde.*

Friedrich Magirius